



Maulkorb für Empörte

Ein neues »Sicherheitsgesetz« bedroht in Spanien die Proteste. Seite 3

Foto: AFP/Josep Lago

Wenn Waisen verweisen

Kinder von Ebola-Opfern werden in Liberia aus Angst ausgegrenzt. Seite 10

Farbige Träume

Er war wohl der erfolgreichste Musikexporteur deutscher Sprache. Ein Nachruf auf den Sänger Udo Jürgens. Seite 15

Foto: dpa/Jens Kalaene

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Dienstag, 23. Dezember 2014

69. Jahrgang/Nr. 298 Berlinausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Soziale Kluft am Gabentisch

Kurt Stenger über erfüllbare und unerfüllbare Wünsche

Der Weihnachtsmann wird gerne als herzenguter, alter Mann dargestellt, der beim Geschenkeverteilen schon mal ein Auge zudrückt und auch den nicht ganz so braven Kindern ihre Wünsche erfüllt. Doch wenn es um soziale Gerechtigkeit auf dem Gabentisch geht, ist der Langbart so kalt wie die arktische Gegend, aus der er angeblich stammt. Das neueste iPhone, die neueste Konsole samt gerade angesagter Spiele, der neueste Sportschuh der gerade angesagten Marke – viele Kinder werden dies alles unterm Weihnachtsbaum vorfinden, andere vielleicht eines davon und viele andere wiederum müssen bestenfalls mit der Vorgängervariante eines Billigherstellers vorliebnehmen. Spätestens wenn man sich damit in der Schule sehen lässt, wird einem deutlich gemacht, zu den Außenseitern zu gehören. Kinder und Jugendliche wissen sehr gut Bescheid darüber, was wieviel kostet. Und für Eltern ist es natürlich ebenfalls frustrierend, angesichts gängiger Wünsche das Handtuch werfen zu müssen. Auch dem Familienzusammenhalt ist dies nicht förderlich.

Wer materielle Werte zu Statussymbolen erklärt, wird gerade zu Weihnachten Sieger und Verlierer erzeugen. Das Fest des (sozialen) Friedens ist es dann gewiss nicht, zumal bekanntlich etwa jedes sechste Kind in Deutschland von Hartz-IV-Leistungen abhängig ist. Auch wenn die Quote in den letzten Jahren leicht gesunken ist – an der sozialen Kluft am Gabentisch ändert dies nur wenig.

UNTEN LINKS

Freuen Sie sich immer ehrlich über Ihre Weihnachtsgeschenke? Wirklich? Wissenschaftlich ist jetzt bewiesen: Das Lächeln ist ziemlich oft nur gespielt. All die entzückten Worte über in Knisterfolie eingewickelte Aroma-Tee-Kandis-Geschenke – gelogen. Jeder Fünfte tut nur so als ob. Ganz tapfer müssen die lieben Kleinen sein, die eingetrocknete Orangen mit weißer Kosmetikwatte und rotem Velourspapier veranstalten: Auch die Freude jedes vierten Elternteils über Geschenke ist nur gespielt. In Wahrheit lassen Mama und Papa in den Momenten nach dem Auspacken jede Hoffnung auf eine höhere Kunstkarriere fahren. Wie schlimm die zwangsläufige Lage unterm Tannenbaum wirklich ist, weiß niemand – nur acht Prozent der Bundesbürger sind so mutig, das Geschenk auch als das zu bezeichnen, was es eben manchmal ist: eine Enttäuschung. Nur die Sachsen-Anhalter sind in der Frage viel ehrlicher. Wer weiß, warum, kann uns die Erklärung schenken. Wir freuen uns natürlich darüber. Ehrenwort! tos

Seifenoper Mindestlohn

Bundesagentur widerspricht Angstmake von Unternehmen: Keine Entlassungen



Foto: dpa/Wolfgang Kumm

Berlin. Mit dem Jahr 2014 geht zugleich die Zeit zu Ende, da es in Deutschland keinen gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn gab. Der Gebäudereiniger, dessen Job seit Jahren gern als Beispiel für den Niedriglohnbereich stand, ist dem Mindestlohn schon seit ein paar Jahren einen Schritt voraus. Doch die Gewerkschaften rechnen damit, dass vier bis fünf Millionen Beschäftigte vom Mindestlohn profitieren werden. Die Unternehmenseite hat bis zuletzt nicht aufgehört, vor der Einführung des Mindestlohnes zu warnen. In einer kürzlich veröffentlichten Umfrage des Münchner Ifo-Instituts gaben 22 Prozent der vom Mindest-

lohn betroffenen Unternehmen an, voraussichtlich mit Personalabbau reagieren zu müssen. Das Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit erwartet hingegen keinen gravierenden Personalabbau wegen des gesetzlichen Mindestlohns. Es lägen bisher keine belastbaren Hinweise vor, dass Unternehmen deswegen zusätzlich Stellen abbauen könnten, sagte der Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Joachim Möller, gegenüber der »Berliner Zeitung«.

Effektiv arbeitende Lobbyistengruppen sowie der Koalitionspartner der SPD in der Großen Koalition, die CDU/CSU, sorgten immer-

hin dafür, dass vom ursprünglichen Vorhaben, mit dem Gesetz jedem Beschäftigten einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde zu garantieren, nur ein Flickenteppich übrig geblieben ist. Einen Mangel des Gesetzes sehen Fachleute auch darin, dass der Begriff »Mindestlohn« nicht eindeutig definiert wird. So böten Zuschläge, Urlaubsgeld oder andere Leistungen Unternehmen viel Raum für »Kreativität«, den Mindestlohn kleinzurechnen, meint Thorsten Schulten vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung im nd-Gespräch. nd/Agenturen Tagesthema Seite 2

Jedes sechste Kind auf Hartz IV

Opposition und Gewerkschaft fordern Reformen bei Sozialgesetzgebung

1,62 Millionen Kinder sind auf ALG II angewiesen. LINKE-Politikerin Sabine Zimmermann fordert deshalb eine eigenständige Kindergrundsicherung.

Berlin. Jedes sechste Kind in Deutschland ist von Hartz-IV-Leistungen abhängig. Darauf machte die Arbeitsmarkt-Expertin der Linksfraktion, Sabine Zimmermann, unter Bezug auf eine offizielle Statistik der Bundesagentur für Arbeit in Berlin aufmerksam. »Besonders zu Weihnachten spüren viele Kinder, dass sie in ärmlichen Verhältnissen aufwachsen müssen«, sagte Zimmermann der dpa. »Für Hartz-IV-Beziehende ist es ungleich schwerer, ihren Kindern ein schönes Weihnachtsfest zu beschere.«

Nach den jüngsten offiziellen Zahlen waren im Juli mehr als 1,64 Millionen Unter-15-Jährige auf Hartz IV angewiesen oder lebten in einer Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaft. Das waren 15,5 Prozent.

Binnen eines Jahres war die Zahl um gut 7000 gestiegen. Bis 2012 ging die Zahl der von Hartz IV betroffenen Menschen unter 15 von zuvor teils deutlich höheren Werten bis auf 1,62 Millionen zurück. Seitdem gab es wieder einen Anstieg. Regional gibt es dabei deutliche Unterschiede: Ist in Berlin jedes dritte Kind betroffen, sind es in Bayern nur 7,2 Prozent. In Ostdeutschland liegt die Quote mit 23,5 Prozent wesentlich höher als im Westen (13,7 Prozent).

Zimmermann forderte soziale Leistungen, die Armut verhindern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen: »Die Regelsätze für Kinder müssen erhöht werden.« Perspektivisch sei eine Kindergrundsicherung als eigenständige Leistung nötig. In der enormen Anzahl der Hartz-IV-Bezieher mit Kindern spiegelte sich die in vielen Regionen immer noch schlechte Arbeitsmarktlage mit viel zu wenigen Arbeitsplätzen und ausufernden Niedriglöhnen wider.

Derweil hat DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach das Hartz-System nach zehn Jahren Geltung des Arbeitslosengeldes II kritisiert. Der »Neuen Osnabrü-

»Hartz IV ist kein Vorzeigemodell für Europa, sondern bleibt eine große Baustelle.«

Annelie Buntenbach, DGB

cker Zeitung« sagte sie: »Hartz IV ist kein Vorzeigemodell für Europa, sondern bleibt eine große Baustelle.« Durch Druck auf Arbeitslose, scharfe Sanktionen und Zumutbarkeitsregelungen würden Arbeitslose gedrängt, Arbeit auch dann anzunehmen, wenn sie miserabel bezahlt und schlecht abgesichert sei. Damit werde der Niedriglohnsektor noch aufge-

Schröder fordert neuen »Aufstand der Anständigen«

Politik debattiert über den Umgang mit Pegida-Bewegung

Berlin. SPD-Altkanzler Gerhard Schröder hat in der Auseinandersetzung mit der islamfeindlichen Bewegung Pegida einen »Aufstand der Anständigen« gefordert. Unter diesem Schlagwort hatte er im Jahr 2000 nach einem Brandanschlag auf eine Düsseldorfer Synagoge zum Protest gegen Rechts aufgerufen. »In Berlin haben damals 200 000 Menschen gegen Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus protestiert, selbstverständlich sind Bundespräsident und Bundeskanzler vorneweg marschiert. So eine öffentliche Reaktion brauchen wir auch jetzt«, sagte Schröder dem Magazin »Couragiert«.

Die »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« wollten am Montagabend in Dresden erneut gegen eine angebliche »Überfremdung« Deutschlands mobil machen. Die Veranstalter luden zum »gemeinsamen Weihnachtsliedersingen« vor der Semperoper ein. In Dresden und anderen Städten waren Gegenaktionen geplant. Experten ordnen Teile der Bewegung dem rechten Spektrum zu. Genährt werden die Proteste nach Ansicht von Sozialforschern auch von diffusen Abstiegsängsten. Vergangenen Montag hatten sich 15 000 Menschen an einer Demonstration in Dresden beteiligt.

Derweil sprach sich Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (LINKE) gegen Gespräche mit den Anführern von Pegida aus. »Mit Rassisten in Nadelstreifen haben wir nicht zu reden«, sagte Ramelow beim Besuch eines Flüchtlingsheims in Suhl. Richtig sei aber, das Gespräch mit den Teilnehmern zu suchen, die fürchteten, dass Flüchtlinge ihnen Arbeitsplätze wegnehmen könnten. Ihnen müsse man erklären, dass solche Ängste unbegründet seien, sagte Ramelow. »Und die Sorgen der Flüchtlinge muss man genauso ernst nehmen.« dpa/nd Seite 5

Essebsi ist Tunesiens neuer Präsident

Vertreter der säkularen Kräfte gewann die Stichwahl

Tunis. Vier Jahre nach der »Jasminrevolution« bekommt Tunesien den ersten demokratisch gewählten Präsidenten. Die Wahlkommission gab am Montag in Tunis den Sieg des langjährigen Regierungspolitikers Béji Caïd Essebsi bekannt. Laut vorläufigem Ergebnis kam er auf 55,68 Prozent der Stimmen. Sein Gegner Moncef Marzouki, der bisherige Übergangspräsident, erhielt 44,32 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag in Tunesien und im Ausland den Angaben zufolge bei insgesamt 60,11 Prozent. Das offizielle Endergebnis wird nach einer Beschwerdefrist zum Ende des Monats erwartet.

Essebsis Team hatte den 88-Jährigen schon am Vorabend zum Sieger erklärt. Der Politiker hatte im November in der ersten Runde die meisten Stimmen von 27 Kandidaten errungen, musste aber gegen seinen zweitplatzierten Rivalen in die Stichwahl. Marzouki hatte im Wahlkampf auf die Stimmen der Islamisten gehofft, da deren Ennahdha-Partei keinen eigenen Kandidaten ins Rennen geschickt hatte.

Der agile Essebsi ist Chef der Allianz Nidaa Tounès, die liberale und säkulare Kräfte, jedoch auch Anhänger des 2011 gestürzten Machthabers Zine el Abidine Ben Ali vereint. Sie gewann im Oktober die Parlamentswahl. Nach dem Umsturz war Essebsi mehrere Monate Ministerpräsident. Schon unter Staatsgründer Habib Bourguiba war er Innen-, Außen- und Verteidigungsminister. Viele Tunesier schätzen seine Lebenserfahrung. Im Wahlkampf punktete er mit dem Thema Innere Sicherheit. dpa/nd Seite 7

ISSN 0323-4940

